

Bauherr fordert Vollendung des Kernkraftwerks Grohnde

Kritik am Baustopp und der gerichtlichen Überprüfung

HAMELN (We) Die Bauherren des skandalumwitterten Projektes für ein Kernkraftwerk Grohnde an der Weser bei Hameln drängeln. Die im September 1977 juristisch blockierte Baustelle des zwei Milliarden Mark teuren Vorhabens soll wieder aktiviert werden. Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes in Lüneburg steht aber noch aus, und ohne Freigabe durch die Richter sind an der Bauruine nur unvermeidliche Bausicherungsarbeiten zulässig.

Das niedersächsische Sozialministerium hatte den Bau des Druckwasserreaktors mit einer elektrischen Leistung von etwa 1300 Megawatt, die sich durch Anbauten verdoppeln läßt, im Juni 1976 mit einer ersten Teilgenehmigung erlaubt.

Wie die bundeseigene Preußische Elektrizitäts AG (Preag) in Hannover jetzt erklärte, wachse in der Bevölkerung das Unverständnis für die weitere Blockade der Baustelle. Die Preag erklärte, fast die Hälfte, 47 Prozent einer Repräsentationsumfrage mit 520 ausgewerteten Fragebogen, bezeichneten den Baustopp als unverständlich und 30 Prozent hielten eine zusätzliche gerichtliche Prüfung für erforderlich. Unabhängig davon aber im Zusammenhang mit der Kernkraftdiskussion legte die Preag einen Bericht von Professor Aurand vom Institut für Wasser-, Boden- und Lufthygiene des Bundesgesundheitsamtes in Berlin vor. Darin weise — so die Gesellschaft — Professor Aurand nach, die Strahlenbe-

lastung bei einem neuen Kernkraftwerk sei geringer als die durch die natürlichen Einflüsse der Umgebung, Geographie und Höhenlage.

Das durch die öffentliche Diskussion geweckte Bewußtsein für das Strahlenrisiko steht, sagt Professor Aurand, „in keinem Verhältnis zu der Einschätzung anderer Risiken des modernen Lebens“. Allein schon ein Ortswechsel von Hamburg in den Schwarzwald sei mit einer höheren Strahlenbelastung, durch die intensivere Bestrahlung in den Höhenlagen, verbunden, „als die Exposition, die der Bevölkerung durch ein Kernkraftwerk im Normalbetrieb zugemutet wird.“ Nach der „Schlacht von Grohnde“ im März 1977 mit 300 Verletzten und dem Ende der Grohnde Prozesse im November 1978 vor dem Landgericht Hannover mit drei Freisprüchen und acht Verurteilungen, die 234 000 Mark Schadensersatz — unabhängig von den Gerichtskosten — bezahlen müssen, erwartet die Preag grünes Licht für das Atomprojekt.

Frankfurter Rundschau

16. September 1978

HANNOVER (AP). Die hannoversche Bezirksregierung stellte 18 Teilnehmern der Demonstration gegen den Bau des Kernkraftwerks Grohnde an der Weser eine Schadensersatzforderung von 234 000 Mark zu. Die Forderung richtet sich zum großen Teil gegen mittellose Studenten, Schüler, Erwerbslose, Berufstätige und in einigen Fällen auch an Zahlungskräftige. Nach Angaben der Behörde bleibt die Forderung rechtlich 30 Jahre wirksam, „so daß wir irgendwann einmal zu unserem Geld kommen könnten“.

50 453.78

Mit Hilfe eines vierseitigen Fragenkatalogs wollen die Betreiber des „Gemeinschaftskernkraftwerks Grohnde“ Lücken und Mängel in der Information über Kernenergie aufspüren. Nach Angaben der Preußenelektra wurde ein Meinungsforschungsinstitut beauftragt, 3000 Bürger, die im Bereich des Kernkraftwerkbaus Grohnde bei Hameln leben, zu ihren Ansichten über die Kernenergie zu befragen.

Bz 25.8.78